№ 60. Abendblatt.
Mittwoch, 5. Februar.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Wallrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 45, O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1, S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich pogestellt 4,50 M.
nur Morgens " 4,— "
Monatlich zwei Mal täglich " 1,50 "
" nur Morgens " 1,35 "
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Und abermals sprach Graf Bülow ...

Die Redaktionen offiziöser Blätter und Korrespondenzen haben jetzt schwere Stunden. Es hagelt fortgesetzt Erklärungen zum Zolltarif und zu der Bockeinigkeit der Agrarier, die nach der Meinung der Regierung immer noch nicht Vernunft annehmen wollen. Neuerdings ist wieder Karlsruhe an der Reihe, mit der Weitergabe einer Meinungsäußerung des Reichskanzlers betraut zu werden. Aus der Badischen Residenz kommt folgende Meldung:

Eine Berliner Zuschrift der „Südd. Reichskorr." sagt, die agrarische Presse unterschätze absichtlich den Widerstand der verbündeten Regierungen gegen eine hochschutzzöllnerische Verschärfung des Zolltarifs. Die Schutzzölle des Entwurfs seien so festgesetzt, daß damit die auch im Interesse der Landwirthschaft liegende Sicherung der Einfuhr und Ausfuhr durch den Abschluß von Handelsverträgen zur Noth noch vereinbar ist. Der Reichskanzler ist nach bestem Wissen und Gewissen bei der Einlösung seines der Landwirthschaft gegebenen Versprechens bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Für die angestrebten Sperrmaßregeln gegen Einfuhr landwirthschaftlicher Erzeugnisse giebt es und wird es keinen Reichskanzler geben.

Das klingt wieder sehr bestimmt; das „zur Noth" soll wohl versöhnend wirken; es ist die zweite Erklärung, die unter ausdrücklicher Nennung des Reichskanzlers gegen die wahnwitzigen Forderungen des Agrarierthums erlassen wird. Wie viel Erklärungen ihr noch folgen werden, wissen wir nicht, doch kann es nach dem von den Offiziösen eingeschlagenen Tempo noch eine hübsche Anzahl geben. Zu Thaten aber raffi sich Graf Bülow immer noch nicht auf. Er will anscheinend erst die landwirthschaftliche Woche, namentlich die Zirkus Busch-Versammlung, abwarten.

Die Münchener „Allg. Ztg." bemüht sich, den Reichskanzler gegen die Vorwürfe in Schutz zu nehmen, die von Zentrumsblättern gegen ihn erhoben worden sind, und die dahin gehen, „er thue nicht das Seinige". Das offiziöse Organ fragt, was denn das Zentrum dazu thue, damit man wisse, wie der Zollhase läuft. Wir haben bisher immer geglaubt, die Leitung der deutschen Regierung liege in den Händen des Reichskanzlers; wir sind dem Münchener Blatte dankbar dafür, daß es uns eines anderen belehrt, nämlich daß das Zentrum im deutschen Reiche regiert.

Ein Zentrumsblatt, die „Köln. Volksztg.", leistet inzwischen schon den gewünschten Dienst, indem es erklärt:

Die Mehrheit kann also nicht mehr ernstlich darüber im Zweifel sein, daß sie sich mit ihren Abänderungen in bescheidenen Grenzen (Also doch! Red. d. „Volks-Ztg.") halten muß, wenn sie überhaupt mit der Zustimmung der Regierung rechnen will. Wer aber nach wie vor zu gänzlich aussichtslosen Forderungen drängt, das ist der Bund der Landwirthe. Er geht darauf hinaus, diejenige Verständigung mit der Regierung, die allein noch möglich ist, zu hintertreiben. Es kann wohl sein, daß er damit „Glück" hat. Es wird ihm aber nicht so leicht gemacht werden, die Landwirthe darüber zu täuschen, wer schuld sei, wenn sie schließlich nichts erhalten sollten.

Wir glauben nicht, daß es Mangel an „Energie" und „Nerven" ist, wenn die Regierung auf Forderungen, wie sie vielfach von den Landwirthen erhoben werden und an und für sich auch nicht unberechtigt sein mögen, nicht eingehen will. Denn wir sind überzeugt, daß sie der Landwirthschaft so viel Gutes erweisen möchte, als nur irgend möglich ist.

Das stimmt, und darum verstehen wir den offiziösen Ingrimm, der aus folgenden Zeilen der „Allg. Ztg." spricht:

Wenn ferner in einem geordneten Staatswesen die Regierung einen parlamentarischen Sieg über die Opposition davontragen soll, so gehört auch dazu, daß die Opposition die Schranken ehrt, die durch das Interesse des Staats und der gesetzlichen Autorität gezogen sind. Es muß eine sinnvolle, von ihrer Verantwortung für den Staat durchdrungene Opposition sein. Man kann dieses Bewußtsein der agrarischen Opposition nicht ausstellen. Ihre Taktik ist die des eigensinnigen Kindes: vergeblich sucht man einen der Würde und Bedeutung der Sache entsprechenden Sinn in der ausgegebenen Parole: „Alles oder nichts!" Man würde es verstehen können, wenn die Agrarier zwar mit den bittersten Anklagen gegen die Regierung fortführen, wenn sie nur mit Ingrimm und ohne Dank die Hungerdrocken des Zolltarifs entgegennähmen. Aber zu sagen: wir werfen das ganze Werk über den Haufen, wenn wir nicht alles erhalten — das zu sagen, wo man doch genau weiß, daß es nicht möglich ist, alles zu erhalten, das ist vollkommen unverständlich. Einer solchen Taktik des absoluten Unverstands gegenüber würde auch ein politischer Herkules, ein Bismarck, wahrscheinlich ohnmächtig sein.

Wir möchten den Grafen Bülow lieber mit Odysseus, dem vielgewandten, vergleichen. Herkules hat mit einem kräftigen Tritt auf die Mauer den reinigenden Wasserfluthen Einlaß in den Stall des Augias verschafft, und Bismarck hat sich nicht genirt, die Nationalliberalen „an die Wand zu drücken, daß sie quietschten". Vom Grafen Bülow hat man Aehnliches noch nicht vernommen. Wann wird das geschehen? Er wollte, wie der „Hamb. Corr." hervorheben zu müssen glaubt, von den Agrariern eine „Quittung über seine guten Absichten" erhalten, obwohl er von Anfang an damit gerechnet habe, daß die Agrarier den Zolltarif von selbst in Trümmer schlagen würden. Schön; Trümmer aber muß man möglichst schnell aus dem Hause schaffen; man kann sehr leicht darüber zu Falle kommen.

Abordnungen der Vorsteheramter der Kaufmannschaft zu Königsberg und Danzig sind am Montag vom Handelsminister empfangen worden. Es handelte sich bei der Konferenz um Stellungnahme zu dem Antrage des Grafen Schwerin-Löwitz, betreffend Aufhebung der gemischten Transitläger für Getreide. Wie die „Königsb. Hart. Ztg." erfährt, haben die Herren nicht nur in der Konferenz beim Handelsminister in sehr energischer Weise gegen diesen Antrag Stellung genommen, sondern stehaben auch sofort an die Zolltarifkommission des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in welcher dargelegt wird, daß durch die Annahme des Schwerin'schen Antrages die Lebensfähigkeit des Königsberger und Danziger Getreidehandels vollständig unterbunden werden würde. Im Zusammenhange damit ist mitzutheilen, daß über diese Angelegenheit folgender neuer Antrag in der Zolltarifkommission eingebracht wurde: Gemischte Transitläger für Getreide sind an Hafenorten der Ost- und Nordsee, des Rheinstroms und des Bodensees zuzulassen, an anderen Orten jedoch nur, wenn nach dem Befunde des Bundesrathes ein dringendes Bedürfniß anzuerkennen ist. Mit diesem Antrag sind auch die Vertreter des Vorsteheramtes der Königsberger Kaufmannschaft im großen und ganzen einverstanden.

Deutschland und England. An den nur zweitägigen Aufenthalt des Prinzen von Wales in Berlin, seine Abreise nach Neu-Strelitz sowie die Weiterreise nach London ohne nochmalige Berührung Berlins waren von verschiedenen Seiten Gerüchte geknüpft worden, daß „irgend etwas vorgefallen sein müsse, was den englischen Gast arg verdrossen habe". Dem wird offiziös entgegen getreten; die Münchener „Allg. Ztg." meldet aus London:

Die amtlichen Beziehungen zwischen der englischen und deutschen Regierung sind völlig die früheren; soweit aus den Erörterungen der verflossenen Wochen noch Spuren zurückgeblieben waren, sind auch diese völlig beseitigt; das Verhältniß kann nur als ein in jeder Beziehung vertrauensvolles und freundschaftliches bezeichnet werden.

In Verbindung damit steht die hiesige offiziöse Versicherung, der Besuch des Prinzen sei, was seine Dauer und die sonstigen äußeren Umstände betrifft, vollständig programmmäßig verlaufen. Er habe zu einer gegenseitigen loyalen und offenen Aussprache über die Bülow-Chamberlain-Affaire geführt und diese Aussprache, weit entfernt, mit einem Mißklang zu enden, habe in ihrem Geiste und Inhalt wesentlich dazu beigetragen, daß man in den maßgebenden deutschen und englischen Kreisen den Zwischenfall für definitiv abgethan hält.

Billige Arbeitskräfte für die Agrarier! Nach Meldungen russischer Blätter ist, wie man uns schreibt, die Arbeitslosigkeit in Rußland sehr groß. Mit Beginn des Frühjahrs hoffen viele russische Arbeiter die Grenze zu überschreiten, um in Deutschland Beschäftigung zu finden. Die „Preußengängerei" wird in diesem Jahre noch viel stärker werden, als in den Vorjahren. Schon jetzt sind fast 30 000 Halbpäße ausgestellt für Arbeiter, die nach Deutschland gehen wollen. — Das Ganze nennt sich in Deutschland „Schutz der nationalen Arbeit".

Die Arbeitszeit des Eisenbahnpersonals. Der dem Abgeordnetenhause mitgetheilten Uebersicht über die Betriebsergebnisse der preußischen Staatseisenbahnen im vorigen Rechnungsjahr ist für 333 129 Beamte und Arbeiter folgendes zu entnehmen: Bis 8 Stunden täglicher Dienstdauer hatten 27 484 Personen, 8—9 Stunden Dienstdauer 101 209, 10 bis 11 Stunden 77 649, 11—12 Stunden 72 306, 12—13 Stunden 13 287, 13—14 Stunden 7438, 14—15 Stunden 3358, und eine tägliche Dienstdauer von 15 bis 16 Stunden hatten 2464 Personen. Nicht mitgerechnet ist hierbei die Zeit, die zur Zurücklegung des Weges von der Wohnung zur Arbeitsstelle und umgekehrt erforderlich ist. Ueber die Ruhetage des Eisenbahnpersonals ergiebt sich aus der Uebersicht, daß bei einer Zahl von 218 149 Beamten die Gesammtzahl der Dienstbefreiungen von mindestens achtzehnstündiger Dauer im Laufe eines Kalenderjahres 695 616 betrug; davon entfielen 433 190 auf Sonntage. Monatlich einen Ruhetag erhielten 16 769 (!), monatlich 1½ Ruhetag 20 352, 2 Ruhetage im Monat 58 003, mehr als 2 Ruhetage nur 123 025 Eisenbahnbeamte und Arbeiter!!

Ein seltsamer Rechtsstreit schwebt zwischen dem Wirth B. zu Langerfeld (Provinz Westfalen) und der Schulbehörde. B. hat eine vierzehnjährige Tochter, welche die Schule 7½ Jahr besucht hat und den Bestimmungen gemäß erst zu Ostern entlassen werden soll. Das Mädchen ist außerordentlich stark entwickelt. Da die Schulbänke für sie zu eng und klein waren und eine Verkrümmung des Rückgrates beim Sitzen in den Bänken zu befürchten war, hielt der Vater sein Kind unter Beibringung eines ärztlichen Attestes zu Hause. Die Schulverwaltung ließ jedoch für das Mädchen einen Stuhl und Tisch beschaffen und forderte den Vater auf, seinem Kinde die gesetzliche Schulzeit von 8 Jahren zukommen zu lassen. Das Mädchen wurde darauf zu Verwandten nach Silberfeld geschickt und dort in eine Schule gebracht. Die Schülerin wurde indeß auf Anordnung des Schulraths Dr. B. alsbald wieder entlassen. Die Langerfelder Schulbehörde unterbreitete inzwischen den Vorfall der höheren Instanz, und von Berlin kam die Verfügung, das Mädchen müsse die Schule 8 Jahre besuchen. Dabei will sich der Vater indeß nicht beruhigen, und er hat den Klageweg beschritten. Auf den Ausgang dieses seltsamen Rechtsstreites darf man gespannt sein.

Unseres Erachtens liegt die Sache durchaus nicht kompliziert. Wenn die Schulbehörde für das Mädchen einen passenden Tisch herbeischafft, so muß es die Schule besuchen. Leider fehlen nähere Angaben, warum das Mädchen aus der Silberfelder Schule entlassen worden ist.

Kein Material für eine Zuchthausvorlage! Aus Baden wird uns geschrieben:

Lehreiche Angaben sind es, die von amtlicher Seite soeben über die Streiks und Aussperrungen in Baden im Jahre 1901 veröffentlicht worden sind. Danach fanden im Großherzogthum im ganzen 21 Ausstände statt; von diesen blieben 6 erfolglos, in 3 Fällen setzten die Streikenden ihre sämmtlichen Forderungen, in 12 Fällen nur einen Theil davon durch. Die einzige Aussperrung, die im vergangenen Jahre in Baden erfolgte, fand in einem Betriebe der Steinindustrie statt und hatte den Zweck, die Arbeiter an dem Beitritt zu einer Organisation zu hindern. Der Arbeitgeber erreichte dieses Ziel dadurch, daß er solche Arbeiter, die sich der betreffenden Organisation anschlossen, nicht wieder einstellte, sondern durch andere Arbeitskräfte ersetzte. Das Gewerbegericht wurde nur in einem Falle bei einem Streik als Einigungsamt in Anspruch genommen; bevor es jedoch seine Entscheidung treffen konnte, beendigten die Arbeiter den Ausstand. Ein anderer Streik fand durch Vermittelung des Gemeindevorstands seine gütliche Beilegung. In 12 Fällen erreichten die Ausstände infolge von Verhandlungen, die unmittelbar zwischen den betheiligten Arbeitgebern und Arbeitern geführt wurden, ihr Ende. Das Arbeitersekretariat in Mannheim, eine Vertretung des Bildhauerverbandes und eine Zahlstelle des Buchbinderverbandes übernahmen in je einem Falle bei den Vergleichsverhandlungen die Vermittelung. Wie in der amtlichen Uebersicht betont wird, erfolgte nur in einem Falle die Verurtheilung eines Arbeiters, gegen den auf eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen wegen Nöthigungsversuchs erkannt wurde, weil er arbeitswillige italienische Arbeiter zur Arbeitsniederlegung hatte nöthigen wollen. „Im übrigen war," so heißt es weiter, „infolge der Streiks Anlaß zu polizeilichen Maßnahmen oder zum Einschreiten seitens der Staatsanwaltschaft nicht gegeben." Die Scharfmacher dürften also in dieser Veröffentlichung kein Material finden, das sie für ihre Zwecke zu verwerthen im Stande wären.

Ein Ministerwechsel wird wieder einmal von Belgrad aus angekündigt. Trotzdem von offiziöser Seite die Kabinetskrisis als beigelegt bezeichnet wird, verlautet auf das bestimmteste, daß Paßitsch nach seiner Rückkehr aus Petersburg mit der Kabinetsbildung betraut werden wird.

Die holländische Friedensvermittlung hat durch die im Morgenblatte verzeichnete offizielle Antwortnote der englischen Regierung vorläufig einen völlig negativen Ausgang gefunden. Wir hatten, allen voreiligen Friedenshymnen zum Trotz, dieses Ende erwartet. In London geberdet man sich sehr stolz. Die meisten Blätter stimmen darin überein, daß die holländische Note von vorn herein einen Fehlschlag bedeutete und daß eine andere Antwort nicht möglich gewesen sei. Die „Morning-Post" bemerkt, England habe die beiden Republiken annektirt, ein Friedensvertrag wäre unverständlich. Das Blatt fügt hinzu: Wir alle wissen sehr wohl die Umstände zu würdigen, welche den Sympathien der Holländer für die Prüfungen der Buren zu Grunde liegen. „Standard" sagt, das hervorragendste Kennzeichen der britischen Antwort sei die klare und energische Ablehnung jeder Art von Vermittelung, woher sie immer kommen möge. „Daily News" bezeichnen die Erwiderung Lansdowne's als tadellos in Stil und Ton, bedauern jedoch, daß sie eine völlige Ablehnung der holländischen Eröffnungen in sich schließe. Etwas sei ja erreicht durch diese freundschaftliche Auseinandersetzung, und es gebühre der holländischen Regierung außerordentliche Anerkennung dafür, daß sie sie in die Wege geleitet; aber was jetzt noththut, sei eine bündige Erklärung der englischen Regierung bezüglich derjenigen Stellen, mit denen sie in Unterhandlung zu treten gewillt sei. „Daily Chronicle" sagt, es genüge die Analysirung der holländischen Vorschläge, um ihre Absurdität zu beweisen. „Daily Telegraph" bemerkt, die Antwort Lansdownes sei die einzig mögliche gewesen.

Optimistisch ist man natürlich wieder an der schönen blauen Donau. Die Wiener Blätter sind von dem holländisch-englischen Notenwechsel höchst befriedigt. Sie erblicken in ihm den Wunsch Englands, den Frieden auf einem kürzeren Wege herbeizuführen, als durch die Vermittelung von dritter Seite. Die „N. Fr. Pr." schreibt, der Empfindung werde sich niemand verschließen können, daß der Notenwechsel außerordentlich zur Klärung der Situation beigetragen habe und nicht ungünstige Ausblicke auf weitere zum Frieden führende Schritte eröffne.

Es muß auch solche Schwärmer geben.

Was die Burenführer denken. Ein Privattelegramm meldet uns: Auf einem in Wickerath stattgehabten, starkbesuchten Burenabend erklärte der Burenkommandant Jooste, daß er eben von Amsterdam zurückkomme und eine längere Unterredung mit Krüger gehabt habe, der über die gegenwärtige Lage der Burenarmee sich günstig ausgesprochen habe. Im Gegensatz zu allen englischen Meldungen habe er erklärt, daß die Sache der Buren heute besser stehe, als je zuvor. Die leitenden europäischen Burenkreise ließen sich durch die Ablehnung der Friedensinterventionen nicht beirren. Krüger sagte, die Sache der Gerechtigkeit werde siegen. Er habe die unerschütterliche Ueberzeugung, daß der heutige schwere Kampf zu einem für die Buren befriedigenden Ende führen werde.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Venezuela sind neuerdings recht gespannt. Eine Depesche aus Willemstad besagt: Nach Meldungen aus Caracas hat Frankreich der venezolanischen Regierung mitgetheilt, daß es das Protokoll über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht unterzeichnen werde, wenn nicht der französische Unterthan Secrestat sofort die Erlaubniß erhalte, in Venezuela zu landen und die Interessen seines Vaters wahrzunehmen. Falls Venezuela sich weigere, diese Erlaubniß zu ertheilen, werde Frankreich sofort auf venezolanischen Kakao Zölle legen, eine Maßnahme, die für Venezuela ein schwerer Schlag wäre.

— Das **preußische Staatsministerium** ist heute Nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung im Abgeordnetenhause zusammengetreten.

— **Die Untersuchungen wegen der Veröffentlichung des Geheimerlasses des Staatssekretärs v. Tirpitz** haben zahlreiche Vernehmungen von Beamten des Reichs-Marineamts und von Zivilpersonen im Gefolge gehabt. Das Ergebniß dieser Untersuchung war jedoch bisher negativ. Ueber den Verlauf wird dem Staatssekretär und dem Reichskanzler fortgesetzt Bericht erstattet. Nebenher läuft ein Zeugniß-Zwangsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur des sozialdemokratischen Blattes.

— **Dr. Schmidt-Leda**, der deutsche Gesandte für Venezuela, der sich mit Urlaub in Deutschland befindet, soll nicht auf den Posten in Caracas zurückkehren. Die „Kreuzztg." hört, es sei in der That nicht unmöglich, daß für Herrn Dr. Schmidt-Leda ein anderer Wirkungskreis gefunden werden wird. „Diese Veränderung würde jedoch in keinem Zusammenhang mit dem venezolanischen Streitfalle stehen, der erst akut geworden ist, nachdem Dr. Schmidt-Leda Venezuela bereits mit Urlaub verlassen hatte."